

TPX-BRIEFING 04/23

Im Rahmen der wissenschaftlichen Beratung und Prozessbegleitung



Inhaltverzeichnis

1. Einleitung
2. Forschungstransfer
 - a. Medienkonsumforschung
 - b. Extremismusaffine Einstellungen
 - c. Rassismus und seine Symptome
3. Trendmonitoring
4. Empfehlungen für die Praxis
5. Zivilgesellschaftliche und sicherheitsbehördliche Erkenntnisse

1. Einleitung

Jüngste und zutiefst besorgniserregende Ereignisse im Nahen Osten hinterlassen ihre deutlichen Spuren, auch über die Demokratieförderungs- und Präventionslandschaft hinaus. Sowohl offline als auch online sind Auswirkungen der Geschehnisse rund um Israel und Palästina zu beobachten. Traumatische Erinnerungen und Ängste werden durch aktuelle Meldungen von Antisemitismusfällen wieder präsenter denn je. Gleichzeitig sorgen geäußerte Generalverdachte gegenüber muslimisch gelesenen Menschen dafür, dass sich viele von ihnen aktuell und perspektivisch bedroht fühlen.

Die öffentliche Debatte um Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus ist nicht selten undifferenziert und polarisierend. Einstellungserhebungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) in den verschiedenen Dimensionen zeigen, dass abwertende Einstellungen in Bezug auf Jüdinnen und Juden, auf den Islam aber auch auf andere gesellschaftlich marginalisierte Gruppen, wie Sinti und Roma oder wohnungslose Menschen Hand in Hand gehen und miteinander verknüpft sind. Die Phänomene lassen sich also nicht im Einzelnen präventiveren, sondern müssen im Zusammenhang verstanden werden. Es geht dabei auch immer um ein gesellschaftliches Verständnis von einer pluralen oder einer homogenen Gesellschaft, die als Vision imaginiert wird.

Um geschlossen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzugehen, bedarf es zunächst eine transparente Datenlage zu Einstellungsentwicklungen und Vorfällen, welche im Folgenden näher beleuchtet werden. Um solchen Diskriminierungen und Bedrohungen in ihrer Adressierung und Herkunft mit konkreten Beobachtungen und Ergebnissen gegenüber stehen zu können, hat das kriminologische

Institut der Universität Hamburg die Verbreitung politisch extremer Einstellungen in Hinblick auf Ausländerfeindlichkeit und Demokratieverständnis dargelegt. (Kapitel 2b). Befunde zu rassistischen Realitäten und Diskriminierungserfahrungen werden in Kapitel 2c thematisiert. In seiner prekären Relevanz sind schließlich die jüngsten zivilgesellschaftlichen und sicherheitsbehördlichen Erkenntnisse antisemitischen Vorfälle zum Ende des Briefings dargelegt.

Antisemitismus, Rassismus, zivilgesellschaftliche Sicherheit – alles vereint ein riesiges Spannungsfeld aus scheinbar untrennbaren Verschlingungen aus Politik, Religion und Menschlichkeit. Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesverfassungsschutzes, warnt vor einer langzeithohen Radikalisierungsgefahr, wobei soziale Medien als entscheidender Faktor gesehen werden können.¹ Dabei darf die Ursachenforschung für die Nutzung sozialer Medien als Ausdruck von Identität und Rückzugsmöglichkeit nicht außer Acht gelassen werden. Sinkendes Vertrauen und wachsende Frustration über Medien und Politik besonders bei Jugendlichen hat spätestens seit der Corona Krise auch allgemein zu einer Verlagerung gesellschaftlicher und politischer Debatten in den digitalen Raum geführt.² Detaillierte Einblicke in die Medienkonsumforschung bietet dabei die kürzlich veröffentlichte JIM-Studie (Kapitel 2a).

Wie reagieren nun Online-Akteur:innen auf eben jene Situation? Lässt sich ein einheitliches Bild in den regelmäßig im Monitoring analysierten Predigernetzwerken abzeichnen? Unterschiede zwischen verschiedenen Strömungen und Contentcreators Reaktionen der User:innen und Auswirkungen für die Präventionsarbeit werden ab Kapitel 3 übersichtlich erörtert.

¹ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: „Auswirkungen des Terrorangriffs der HAMAS gegen Israel auf die Sicherheitslage in Deutschland“. Presseinformation 29.11.2

² Vgl. Reinhardt, Darius; Friedrich, Hannah; Mullis, Daniel: „Fragiles Vertrauen – Zwischen sozialen

Bewegungen und Politikverdrossenheit: Jugend und Demokratie“. PRIF Reports, 5. Frankfurt am Mail: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung 2022.

<https://doi.org/10.48809/prifrep2205>

Konkrete Handlungsempfehlungen für die Praxis sollen anschließend einen Ausblick auf den herausfordernden Umgang mit dem Thema in der Präventionsarbeit und der politischen

Bildungsarbeit geben. Das Mitdenken eigener sowie anderer Lebensrealitäten, Emotionen und Schutz vor gewaltvollem Content rückt dabei noch einmal mehr in den Fokus.

2. Forschungstransfer

a. Medienkonsumforschung – JIM-Studie 2023 und Projektergebnisse Medienwandel

Wie nutzen Jugendliche das Internet? Dieser Frage geht der **Medienpädagogische Forschungsverbund Südwest** mit einer jährlichen Erhebung repräsentativer Basisdaten zur Mediennutzung - besser bekannt als **JIM-Studie** - jetzt seit 25 Jahren auf den Grund. Neben den Nutzungsgewohnheiten der **13–19-Jährigen** wird auch untersucht, wie interessiert Jugendliche am Weltgeschehen sind und welche Medien sie diesbezüglich zur Information nutzen. Für Präventions- und politischer Bildungsarbeit ergeben sich aus der aktuellen Studie folgende relevante Befunde:

Beleidigung und Desinformation

- Fast jede dritte Person wurde im Netz schon einmal sexuell belästigt³
- 51% haben beleidigende Kommentare gesehen
- 39 % berichten von Hassbotschaften
- 14 % haben persönliche Anfeindungen erlebt
- 27 % gaben an keinerlei negative Erfahrungen gemacht zu haben
- Mehr als die Hälfte gab an Fakenews begegnet zu sein

Mediennutzung

- 88 % der Jugendlichen sind in ihrer Freizeit täglich online
- Im Durchschnitt verbringen sie fast 4 Stunden am Tag im Netz (+20 % im Vergleich zu 2022)

- Jungen verbringen mehr Zeit im Netz als Mädchen, während die Internetnutzung insgesamt mit fortschreitendem Alter steigt
- 2/3 der Befragten sind am aktuellen Weltgeschehen interessiert (Hauptthemen sind: Klimawandel, Ukraine-Krieg und das Themenfeld Diversität und Gesellschaft)
- YouTube und TikTok werden immer wichtiger, um sich über das Weltgeschehen zu informieren
- 33 % nutzen dafür YouTube (das sind 11 Prozentpunkte mehr als 2022)
- 30 % der Befragten nutzen dazu TikTok

Ranking der meistgenutzten Apps

- WhatsApp liegt mit 94% weit abgeschlagen auf dem ersten Platz
- 62 % geben Instagram als meistgenutzte Apps an - 59% TikTok
- 49 % Snapchat - 22 % Facebook
- 20 % nutzen regelmäßig Discord
- 16% Be Real

Das **Leibniz-Institut für Medienforschung** hat jüngst [Projektergebnisse](#) zum Medienwandel und die damit einhergehende öffentliche Kommunikation untersucht.⁴ Fokusgruppen der Studie waren Jugendliche, die ein geringes Informationsbedürfnis (GIO) haben. Das Bedürfnis über das aktuelle Weltgeschehen Bescheid zu wissen und sich dementsprechend zu informieren, war in den untersuchten Gruppen also

³ Vgl. Wunderlich, Leonie; Hökig, Sascha: „Verständlich, nicht so politisch“ - Einblicke in die Bedürfnisse und Nutzungspraktiken gering informationsorientierter junger Menschen, Arbeitspapier

des Hans-Bredow-Institut, Projektergebnisse Nr. 69, Hamburg 2023.

⁴ Ebd.

sehr gering. „Das Wissen über aktuelle Ereignisse basiert [in diesen Gruppen] auf zufällige Nachrichtenkontakte, die im Zusammenspiel mit dem Algorithmus der jeweiligen Plattform entstehen.⁵ Die Projektergebnisse beziehen sich ausschließlich auf Jugendliche, die der Kohorte „geringe Informationsorientierung“ zugerechnet wurden

- präferiert werden visuelle Formate, die den Konsumgewohnheiten von Tiktok entsprechen und damit impulsgesteuerte Nutzungspraktiken abhängig vom jeweiligen Algorithmus sind.
- Tiktok ist nahezu die einzige Informationsquelle.

- Fokusgruppen wissen kaum, was Journalismus ist.
- Creators wie „Herr Anwalt“ oder „REZO“ dienen als Informationsquellen und werden als vertrauenswürdig wahrgenommen.
- Befragte sehen ihre Lebenswelt nicht ausreichend in den klassischen Medien repräsentiert.
- Keine Repräsentation und Themenvielfalt in den klassischen Medien gesehen
- In klassischen Medien ist keine Verständlichkeit oder Begegnung auf Augenhöhe gegeben.
- Professioneller Journalismus muss Zugangspunkte zu dieser Gruppe finden.

b. Extremismusaffine Einstellungen in Deutschland – [Befunde aus den repräsentativen Befragungen der UHH](#)

Unter Berücksichtigung der Befunde aus der [Leipziger Autoritarismusstudie](#) und der [Mitte Studie](#) der Friedrich-Ebert-Stiftung misst das Kriminologische Institut der Universität Hamburg ebenfalls extremistische Einstellungsmuster in der Bevölkerung. Zur Messung wurde die bekannte Konsensdefinition von Rechtsextremismus nach Decker et. Al. verwandt.⁶

Zu den für die AVP-Projekten relevanten Befunde der Mitte Studie und dem Rassismustonitor wird auf das TPX-Briefing [„Rassismus in Deutschland. There is no glory in prevention“](#) verwiesen. Befunde aus der Hamburger Studie zeigen:

- Bei den Items „Ausländerfeindlichkeit“ und Islamfeindlichkeit“ wurden hohe Zustimmungswerte gemessen.
- Insgesamt wachsende autoritäre Tendenzen, erhöhte Autokratieakzeptanz wird in der Studie als Vorstufe politisch extremer Einstellungen gewertet.

- 1/5 der Erwachsenen in der Bundesrepublik zeigen sich offen gegenüber rechtsextremen Ideologien.
- 1/3 der Bevölkerung ist bereit wesentliche Prinzipien einer freiheitlichen parlamentarischen Demokratie zugunsten stärkerer Strukturen einzuschränken oder aufzugeben: gerade hier kann politische Bildung ansetzen, sofern die Betroffene Selbstwirksamkeitserfahrung sammeln.
- Im Bereich „Chauvinismus“ stimmten mit 62,4% der Aussage „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ mehr Menschen als im vergangenen Jahr zu.
- Der Aussage „Ein Staat sollte einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ stimmten noch 16,2% der Befragten zu.
- Vergleicht man die Teilgruppen, so zeigt sich, dass Männer einen geringfügigen aber signifikant höheren Mittelwert als Frauen bei den

⁶ „Rechtsextremismus als mehrdimensionales Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen,

die sich in einer Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen äußern.“ (Decker et. al. Die enthemmte Mitte, Gießen2016, S. 29).

Zustimmungswerten zeigen und tendenziell offener für rechte Ideologien sind.⁷

- Mit Blick auf das Alter stellt Studie fest, dass Zustimmung rechtsextremer Einstellungen mit zunehmendem Alter steigt, gleichzeitig nehmen die Zustimmungswerte der 18- 40-jährigen signifikant zu, während die 40–60-Jährigen keine relevante Veränderung ergeben haben
- Befragte mit Abitur liegen im Mittel deutlich unter den Befragten ohne Abitur.
- Ein Ost-West-Vergleich zeigt, dass das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen

in Ostdeutschland stärker ist als im Westen, allerdings ist der Unterschied nicht mehr so groß wie in den letzten Jahren der Erhebung. Demokratiefeindliche Einstellungen sind ein Problem der gesamten Bundesrepublik und lassen sich nicht auf den Osten beschränken.

- In Ostdeutschland zeigen sich etwas stärkere Rückgänge rechtsextremer Einstellungen, in Westdeutschland nahezu unverändert.⁸
- Anteil der Befragten, die rechtsextremes Gedankengut klar ablehnen, ist von 73,3 auf 74,6 % gestiegen.

c. Rassismus und seine Symptome – [NaDiRa-Bericht 2023](#)

Bisher ist die Datenlage über Rassismus in Deutschland lückenhaft. Rassismuserfahrungen sind für nicht deutsch gelesene Menschen aber allgegenwärtig. Das geht aus dem Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) hervor, der in Zukunft evidenzbasierte Aussagen über Ursachen, Ausmaß und Folgen von Diskriminierung und Rassismus möglich machen soll. Eine Zusammenfassung der Befunde aus der Auftaktstudie „Rassistische Realitäten“ kann diesem [TPX-Briefing](#) entnommen werden. Die Daten aus dem aktuellen NaDiRa-Bericht „Rassismus und seine Symptome zeigen:

- ein massives Gefälle zwischen weißen und als BPoC gelesenen Menschen vorherrscht.
- Schwerpunkt der Studie waren rassistische Erfahrungen im Gesundheitswesen.
- Rassistisch markierte Personen berichten von ungleicher und schlechterer Behandlung.

- Schwarze Menschen sind am stärksten von Diskriminierung und Rassismus betroffen.
- 37 % aller schwarzen Männer und 20 % aller schwarzen Frauen geben an, dass ihnen regelmäßig mit Angst begegnet wird.
- Jede zweite schwarze Person in Deutschland erlebt Rassismus.
- Rassistisch markierte Menschen führen Diskriminierungserfahrungen auf Rassismus und weniger auf Sexismus und Klassismus zurück.⁹
- muslimisch gelesene Menschen machen besonders oft Diskriminierungserfahrungen in Ämtern und Behörden sowie mit der Polizei.
- Mehr als 1/3 der befragten muslimischen Männer (39 %) berichten von häufigen Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen bei der Polizei, 51 % nennen hier Ämter und Behörden als Ort, an dem sie diesen Erfahrungen ausgesetzt waren.

⁷ Vgl. S. 77.

⁹ Vgl. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (Hrsg.): NaDiRa-Bericht 2023, Rassismus und seine Symptome, Berlin 2023, S. 10.

- Unter muslimischen Frauen haben 46 % angegeben, dass sie Diskriminierung

in Ämtern und Behörden nicht selten erleben.

3. Trendmonitoring Social Media: Nahostkonflikt

Der aktuelle Palästina- und Israelkonflikt ist auch in vielen großen islamistischen und salafistischen Gruppen/Netzwerken Thema, welches teilweise theologisch, aber mehrheitlich politisch erörtert wird. Für die Online-Prävention sind diese Inhalte herausfordernd. Die Online-Debatten sind oft polarisierend und hoch emotionalisiert.

Wir beobachten zunehmend antisemitische („Juden kontrollieren die Welt“, „Juden wollen Europa zerstören“)¹ und antimuslimische („Muslime kennen nur Hass und Gewalt“) Narrative und Inhalte im Kontext des aktuellen Konflikts auf TikTok, Instagram, Telegram, Facebook, X (ehemals Twitter) und YouTube in den jeweiligen Gruppen aber auch allgemein im Netz und in den Kommentarspalten der Nachrichten- und Zeitungsportalen außerhalb salafistisch-islamistischer Netzwerke. Die nachfolgenden Beispiele (Ausschnitte von Posts) auf der Plattform X beziehen sich direkt oder indirekt auf die aktuellen Ereignisse und zeigen, dass solche extremen Formen der Dehumanisierung und Dämonisierung von Jud:innen und Muslim:innen teilweise ungeahndet Verbreitung finden. Beide Beiträge vom 10.11. 2023 und vom 14.11.2023 sind bis heute für alle öffentlich sichtbar und zugänglich (Stand 30.11.2023).



Abbildung 1: antisemitische Inhalte 10.11.2023, Screenshot (anonymisiert) auf X (Stand 30.11.2023)



Abbildung 2: antimuslimische Inhalte 14. 11. 2023, Screenshot (anonymisiert) auf X (Stand 30.11.2023)

Die Flut der Kriegsbilder

In den Diskussionsgruppen und Kommentarspalten der salafistischen-islamistischen Netzwerke nehmen auch Kommentare zu, in denen junge Menschen reale Ängste vor der Ausweitung des Krieges, vor der Endzeit¹⁰ und vor internen Konflikten in Deutschland äußern. Diese Ängste und Sorgen werden von den „Big-Playern“ im islamisch-salafistischem Spektrum (wie Realität Islam oder Generation Islam) aufgegriffen, verbalisiert und so Raum gegeben.

Die Kriegsbilder in Echtzeit tragen dazu bei, die bereits hitzigen Debatten in den digitalen Räumen zu emotionalisieren. Solche Bilder können gerade für vulnerable Zielgruppen mit Kriegsbiografien und Gewalterfahrungen besonders

¹⁰ Theologisch finden sich Quellen, die so einen Krieg und den Kampf zwischen Juden und Muslime als Zeichen der Endzeit darstellen.

belastend sein. Es geht hier teilweise um reales Leid und reale Empörung, gerade bei palästinensischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die eigene Verwandte, Bekannte und Freund:innen in den Konfliktregionen haben.¹¹

Aber auch für Online-Streetworker:innen sind die vielen Kriegsphotografien im Netz eine enorme Herausforderung und psychologische Belastung, die spezifische Handlungsstrategien beim Screening benötigen.

Islamistisch-Salafistische Szene

Im Folgenden werden einige Beispiele aus dem Netz zusammengestellt, wie islamistische und salafistische Akteur:innen das Thema online verhandeln:

1. Politisch-theologische Streitdebatten

Unter den Predigern und Akteur:innen, die dem Salafismus zugerechnet werden, wird das Thema Gaza-Krieg auch theologisch diskutiert. Dabei geht um die Frage: Wie haben sich Muslime und Muslimas diesbezüglich korrekt zu verhalten? Und der Frage: Dürfen bzw. sollen Muslime und Muslimas an pro-palästinensischen Demos und Aktionen teilnehmen?

Die salafistischen Online-Prediger sind sich darüber aber nicht einig. So kritisiert @Abdelhamid_Offiziell in einem Video mit dem Titel „*Einige Worte zu Palestina*“ am 15.10.2023, wie er es nennt, die „*Unwissenheit und das Reden mit Emotionen*“, und dass Influencer, Rapper etc. ohne religiöses Wissen sich über das Thema (Palästina) äußern würden. Seine Kritik richtet

¹¹ Vgl. Müller, Jochen (Ufuq.de, 08.11.2023): [Zwischen Berlin und Beirut – Antisemitismus bei Jugendlichen arabischer, türkischer und/oder muslimischer Herkunft – ufuq.de](#) [letzter Zugriff 30.11.2023].

¹² Vgl. @Abdelhamid_Offiziell (TikTok-Account), „*Einige Worte zu Palestina*“ am 15.10.2023 <https://www.tiktok.com/@abdelhamidoffiziell/video/7290198012628946208?lang=en> [30.11.2023].

¹³ Ob er sich hier auf GI, RI, MI bezieht, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, wäre aber sehr

sich gegen eine „*ganz bestimmten Gruppe* „[...] *die Emotionen und Gefühle und diese Situation, wo Muslime sterben [...]*“¹² ausnutzen, um ihre „*krankende Ideologie*“ zu verbreiten. Welche Ideologie er genau meint bzw. welche Gruppierung, wird nicht klar ersichtlich.¹³

Er kritisiert auch die Teilnahme an den Demonstrationen, indem er darauf verweist, dass die Moscheen leer bleiben, wenn die Menschen auf die Straße gehen und empfiehlt stattdessen, die „*Emotionen*“ in den Gebeten rauszulassen, da „*Demos mehr schaden, als das sie nutzen*“ so @Abdelhamid_Offiziell.

Nicht wenige bekannte salafistische (nationale und internationale) Prediger / Gelehrte lehnen Demonstration und den politischen Aktivismus im Allgemeinen ab. Das wird wie folgt begründet:

- Demonstrationen seien eine Erneuerung
- Auf den Demos würde es zur Vermischung unter den Geschlechtern kommen.
- Demonstration seien eine Form der Unruhestiftung und ein gegen-den-Herrscher.¹⁴

In dem Video „*warum Demos verboten sind*“ vom Kölner Prediger Wisam Kouli (Abu Hachim) auf YouTube wird dieser Verbot aus theologischer Perspektive erörtert. Sein Video-Statement ist eine indirekte Antwort auf den Post von Abu Rumaisa. Er kritisiert Gelehrte und Prediger, die Demos als generell

möglich. Da viele salafistische Gelehrte Hizb-ut Tahrir aufgrund bestimmter theologischer Aussagen (es gibt keine Strafe im Grab) und aufgrund seiner Fokussierung auf Politik feindlich gegenüberstehen.

¹⁴ Das Argument mit der „Unruhestiftung“ bezieht sich in erster Linie auf Demos gegen einen muslimischen Führer. Gegen einen muslimischen Führer, auch wenn er große Sünden begeht, soll nicht demonstriert werden, so viele salafistische Gelehrte (siehe dazu die Fatwas von Sheikh Ibn Baz).

unislamisch bewerten.¹⁵ Abu Haschim erwähnt ihn nicht direkt, aber er nimmt klaren Bezug auf seine Aussagen: „[...] diese Demonstrationen kommen von der Ideologie der Demokratie [...]“ und „[...] Demonstrationen gehören zur Sitten der Kuffar. Das ist eine Erneuerung in der Religion [...]“.¹⁶

Es geht hier also nicht nur um eine reine apolitische Positionierung, sondern auch um religiös begründete Demokratiefeindlichkeit, da die Versammlungsfreiheit als Ausdruck der Bekennerung zur Demokratie in Deutschland bewertet wird.

Andere Prediger, die sich politisch zum Konflikt äußern und auf ihren Kanälen Videos vom Krieg teilen, sind z.B. Pierre Vogel (Abu Hamza). Für ihn sind Proteste und öffentliche Versammlungen unter bestimmten Bedingungen – wie z.B., wenn die Geschlechtertrennung räumlich möglich ist – erlaubt.



Abbildung 3: Screenshot des Statements von Abu Rumaisa auf Instagram zum Thema Demos am 03.11.2023

¹⁵ Vgl. Beiträge von Abu Rumaisa auf seinem Instagram-Kanal zum Thema, 03.11.2023 <https://www.instagram.com/p/CzLIPZptZbF/> [letzter Aufruf 30.11.2023].

¹⁶ Abu Haschim, „Warum Demos verboten sind“, 05.11.2023 [warum Demos verboten sind | Wisam Kouli \(Abu Haschim\) wdwtube - YouTube](https://www.youtube.com/watch?v=wdwtube) [30.11.2023].

Ein anderer Prediger aus dem Spektrum der salafistischen Szene (DMG) ist der bereits erwähnte @abu_rumaisa. Dieser postet aktuell viele Vorträge auf seinen YouTube-Kanal zum Palästina-Israel-Konflikt und bezieht eher die Haltung: Demos seien grundsätzlich erlaubt und wenn ein Salafi behauptete, diese seien nicht erlaubt, so solle er einen Beweis erbringen.¹⁷



Abbildung 4: Screenshot eines Posts "Palastgelehrte" vom 27.11.2023 des Instagramkanals babulhaqqde

Die salafistischen Prediger, die jeglichen Aktivismus bezüglich dem Thema Palästina ablehnen und ihren Anhänger:innen abraten, sich dazu zu äußern, werden von einigen gegnerischen Akteur:innen auch abwertend als „Palastgelehrte“¹⁸ bezeichnet.

¹⁷ [Abu Rumaisa - YouTube](https://www.youtube.com/channel/UC...)

¹⁸ Siehe z.B. den Instagram-Kanal Babulhaqqde, 27.11.2023, <https://www.instagram.com/babulhaqqde/> [30.11.2023].

In diesem Zusammenhang taucht auch der Begriff „Madakhila / Madkhaliya“ auf. Dieser wird in

Identitäre islamistische Diskurs und der Nahostkonflikt

Die bekanntesten Online-Akteur:innen, die zum Thema Palästina-Israel eine klare islamistische und politische öffentliche Haltung im Internet vertreten, schon vor dem Krieg, sind die Online-Gruppierungen **Realität Islam, Generation Islam und Muslim Interaktiv**. Ihr Online-Aktivismus zum Thema beinhaltet Hashtag-Aktionen, Online-Vorträge aber auch Offline-Auftritte im Rahmen von Kundgebungen, wie z.B. die Demo am 03.11.2023 in Essen.¹⁹ Ahmad Tamim von Gruppierung Generation Islam war als Sprecher eingeladen. Auf dieser umstrittenen Kundgebung wurden kaum palästinensische Flaggen gezeigt, stattdessen die schwarz-weiße Flagge mit der Schahada, die auch symbolisch für Gruppen wie Hizab ut-Tahrir steht.



Abbildung 5: Screenshot der Postings (Bilder aus der Demo in Essen am 03.11.2023, Schahada-Flagge) der Gruppe GI auf Instagram

Generation Islam, Realität Islam und Muslim Interaktiv propagieren auf ihren Kanälen einen panislamistischen Blick auf den Konflikt. Sie sind in ihren Positionen anti-nationalistisch und es geht ihnen weniger um die Gründung eines palästinensischen Nationalstaats, sondern

diesem Zusammenhang als negative Bezeichnung verwendet, um diese Gruppen als Anhänger einer „sektenartigen“ salafistischen Bewegung zu diskreditieren, die sich den politischen Herrschern unterwirft, vgl.: Gauvain, Richard, *Salafi Ritual Purity. In the Presence of God*, Routledge: London u. New York, 2013 S. 41 ff.

um das Kalifat als „eine Ummah, eine Einheit, eine Lösung“ der Probleme und „Miseren“ aller Muslime. Diese Haltung spiegelt sich auch in anderen politischen und gesellschaftlichen Themen, z.B. dem Syrienkrieg oder antimuslimischen Rassismus in Deutschland wider und beschränkt sich nicht nur auf die palästinensische Frage.

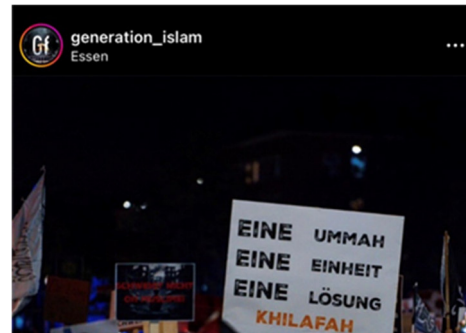


Abbildung 6: Screenshot Posting (Bilder aus der Demo in Essen am 03.11.2023, Kalifat-Motto) der Gruppe GI auf Instagram

Unter den Kommentaren²⁰ der Demo-Bilder aus Essen (GI Instagram) finden sich viele positive Feedbacks:

„So werden Demos geführt! Sauber, ordentlich und islamisch. Auf das Problem und die konkrete Lösung hin wurde hingewiesen [...] möge Allah t mit euch zufrieden sein [...]“

„Sehr stark! Gut organisiert, und die Message ist klar: im kollektiven sind wir stark!“

„[...] die beste Demo... ..schön und Friedlich...aber die Rede...Hammer...Ma shaa Allah Bruder Ahmad“

Es ist aber wichtig darauf hinzuweisen, dass eine Reihe der zustimmenden Kommentare die Art, wie die Demo organisiert wurde (ordentlich, geschlechtergetrennt) loben. Wohingegen andere zustimmen, dass das Kalifat die einzige Lösung sei. Es lässt sich also nicht aus

¹⁹ Vgl. Instagram-Kanal Generation Islam, siehe z.B. Posts von der Demo am 03.11.2023 [Generation Islam \(@generation_islam\) | Instagram-Profil](#) [letzter Aufruf 30.11.2023].

²⁰ Die drei Kommentare sind aus der Kommentarspalte der Posts der Demo am 03.11.2023 (ebd).

den lobenden Kommentaren daraus ableiten, ob alle Befürworter:innen wissen, welche Ideologien sich dahinter verbergen, wer Hizb ut-Tahrir ist und welche Verbindungen zwischen GI und HuT bestehen. Ebenso sind die Aussagen der Zielgruppe in den Kommentaren über ein Kalifat oft sehr diffus und mehrdeutig.

Die Furkan-Bewegung²¹ ist ein weiterer Akteur aus dem islamistischen Spektrum, der aktuell online wieder stark aktivistisch wird. Diese Gruppierungen ist eher im Offline-Raum aktiv und nutzt in der Regel das Internet für Werbung. So organisiert die Furkan-Bewegung Kundgebungen in Dortmund und bewirbt sie auf ihren Instagram- und Telegram-Kanälen.

Im Kontext des Themas Israel-Palästina nutzen sie ihre digitalen Räume verstärkt für offline Mobilisierung, insbesondere auf Telegram.

Zusammenfassung

Der Nahostkonflikt ist in vielen islamistischen und salafistischen Netzwerken präsent. Das Thema wird aber theologisch und politisch differenziert diskutiert und verhandelt.²² Einige bekannte salafistische Prediger halten sich weitestgehend aus den politischen Diskussionen raus oder sind eher verhalten in ihren Äußerungen. Aber auch theologisch zeigen sich innerhalb dieser Szene Differenzen bezüglich den Themen „Aktivismus der Demonstrationen“.

Die bekannten großen islamistischen Akteur:innen (GI, RI, Furkan, im Auftrag des Islam) instrumentalisieren diesen Konflikt für die eigene ideologische Agenda (Kalifat). Der Fokus liegt dabei stärker auf politische Argumente und nicht auf rein theologische Auseinandersetzungen. Das Thema Palästina wird auch mit der eigenen Lebensrealität der Zielgruppe (deutsche Politik, deutsche Medien, Schule, Meinungsfreiheit, Islamfeindlichkeit und Identität etc.) in Zusammenhang gebracht.

4. Empfehlungen für die Praxis

- Beziehungsebene – Zugang über empathische und emotionale Beziehungsarbeit:

Viele Jugendliche sind aktuell wütend, traurig und empört und brauchen sichere digitale Räume, wo sie ihre Emotionen, Eindrücke und auch politischen Meinungen ohne moralische Abwertung²³ oder Vorverurteilung Ausdruck verleihen können. Sich auf Augenhöhe begehen und verstehen, was die Zielgruppe bewegt,

woher die Wut kommt und welche Erfahrungen sie in diesen Krisenzeiten machen (eventuell auch Diskriminierungserfahrung).

- Sachebene – Differenzierte Perspektiven stärken und Aufklären über islamistische Narrative und mögliche Fakenews.

Gruppen wie GI/RI/MI betreiben Komplexitätsreduzierung und ignorieren teilweise selbst die vielfältigen palästinensischen Perspektiven auf

²¹ Die islamistische Reformbewegung Furkan-Gemeinschaft (Stiftung) wurde von den türkischen Gelehrten Alparslan Kuytul 1994 in der Türkei gegründet. In Deutschland ist der Verein seit 2011 in verschiedenen Städten (Dortmund, Hamburg etc.) aktiv, vgl.: Bayaral, Adem (bpb 27.05.2021), „Die Furkan-Gemeinschaft. Ansätze für Beratung und Prävention: [Die Furkan-Gemeinschaft | Info-dienst Radikalisierungsprävention | bpb.de](#) [30.11.2023].

²² In den eher kleineren militanten salafistischen Online-Gruppen werden auch theologisch begründete anti-Hamas Postings verbreitet, was die ideologischen Unterschiede u. Diskrepanzen zwischen islamistischen und salafistischen militanten Gruppen verdeutlicht, vgl.: Fiennes, Guy (ISD), „Islamist groups unite around Israel attack, diverge on Hamas“, 06.11.2023 [Islamist groups unite around Israel attack, diverge on Hamas - ISD \(isdglobal.org\)](#) [30.11.2023].

²³ Müller, Jochen (Ufuq.de, 08.11.2023).

den Konflikt. HuT und andere islamistische Gruppen reduzieren diesen komplexen politischen Konflikt allein auf die religiöse Ebene. Dadurch lässt sich das Thema für die muslimische Identitätsstiftung einfacher instrumentalisieren.

Historisch-kritische Aufklärungsarbeit und Multiperspektivität²⁴ in den Online-Interventionen können Gegenstrategien sein. Bedingen aber gute inhaltliche Vorbereitung, Zeit und den emotionalen Zugang auf der Beziehungsebene.

- Islam als Ressource in der Online-Prävention:

Sensibilisieren für jüdenfeindliche Narrative, gerade wenn sie religiös begründet werden. Die islamische Kulturgeschichte ist voller Beispiele über ein friedliches und furchtbares Zusammenleben zwischen Muslim:innen und Jud:innen.

- Emotionale Belastung und Psychohygiene der Online-Streetwork*innen

Aktuell sind Online-Streetwork:innen mit Kriegsbildern und Hassrede verstärkt konfrontiert. Solche Inhalte sind – trotz technischer Vorkehrungsmaßnahmen – kontinuierlich präsent. Es wird empfohlen, auf regelmäßige Supervisionen zurückzugreifen.

5. Zivilgesellschaftliche und sicherheitsbehördliche Erkenntnisse zum Antisemitismus

Seit der erneuten Eskalation im Nahen Osten mussten Sicherheitsbehörden und der Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle (RIAS) einen rapiden Anstieg antisemitischer Vorfälle in der Bundesrepublik verzeichnen. Allein zwischen dem 7. und dem 19. Oktober verzeichnet das Bundesinnenministerium 80 Straftaten, die das Bundes- und die Landeskriminalämter als antisemitisch kategorisieren. Das geht aus einer aktuellen Anfrage der Fraktion „die Linke“ an die Bundesregierung hervor.²⁵ Das sind laut den Ermittlungsbehörden 29 antisemitische Vorfälle pro Tag und damit 320 % mehr als im Jahresdurchschnitt 2022. Laut Bundeskriminalamt sei die Bundeshauptstadt Berlin mit 35 von bundesweit 80 erfassten antisemitischen Straftaten ein „besonders belasteter Ort.“²⁶ Verantwortlich für diese Entwicklung werden neben der Eskalation in Nahost weitere

exogene Faktoren, wie Social-Media-Kampagnen und gezielte Desinformation, gemacht. Der überwiegende Teil der von RIAS erfassten antisemitischen Vorfälle fand auf der Straße und mit weitem Abstand dazu im Netz statt. Dieses Ergebnis ist mit der bekannten Dunkelfeldproblematik solcher Studien zu begründen. Darüber hinaus erfasst RIAS Vorfälle im Netz nur, wenn diese direkt an Personen oder Institutionen gerichtet sind.²⁷ Die RIAS-Analyse zu bundesweiten antisemitischen Vorfällen zeigt insgesamt einen sehr dynamischen Verlauf, was RIAS auf zeitlich punktuell mediale Verbreitung von Desinformationen zurückführt. Unter der Kategorie „extreme Gewalt“ versteht RIAS physische Angriffe oder Anschläge, die die körperliche Unversehrtheit oder den Tod als Folge billigend in Kauf nehmen.

²⁴ Ebd., 08.11.2023.

²⁵ Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.): Stenografischer Bericht 133. Sitzung, Berlin 2023, S. 107 f.

²⁶ Vgl. ebd.

²⁷ Vgl. ebd.

Antisemitische Vorfälle seit 7.10.2023	
Extreme Gewalt	3
Angriffe	29
Bedrohungen	32
Sachbeschädigung	72
Massenzuschriften	4
Verletzendes Verhalten	854
Gesamt	944

Quelle: RIAS e.V.: Monitoring antisemitischer Reaktionen auf den 07. Oktober, Berlin 2023 Darstellung: eigene Darstellung



Impressum

Herausgeber und Kontakt

Thomasius Stiftung für internationale Bildung und Wissenschaft

Hansaallee 247a

40549 Düsseldorf

Tel: +49 211 5202730

<https://tpx-institut.de/>

info@thomasius-stiftung.de

Amtsgericht Düsseldorf

RegisterNr.: HRB 85782

Das Thomasius Research Institute ist ein Institut der Thomasius-Stiftung. Die Thomasius-Stiftung für internationale Bildung und Wissenschaft gGmbH ist eine gemeinnützige Körperschaft. Die Veröffentlichung erfolgt im Kontext der wissenschaftlichen Beratung und Prozessbegleitung der bundesweiten Präventionsprojekte Center for Education on Online Prevention in Social Networks (CEOPS) und Streetwork@online. Die Inhalte der Publikation werden allein von den Autor:innen erstellt und verantwortet..

Autor:innen:

Michael Bücker

Annika Scheeres

Samira Tabti